

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Annelie Buntenbach und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswirkungen der geringfügigen Beschäftigung

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben in den letzten Jahren in großem Ausmaß zugenommen – hierzu gehören Formen von nicht ausreichend abgesicherter Teilzeitarbeit, Scheinselbständigkeit, Heimarbeit mit der zukünftig weiter zunehmenden Zahl von Telearbeitsplätzen, Leiharbeit, vorübergehende Beschäftigung sowie die geringfügige Beschäftigung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Personen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1994 und 1995 geringfügig beschäftigt?
Welchen Anteil haben die „geringfügig nebentätigen Haushaltsführenden“?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchen familiären Lebenszusammenhängen die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben, in welchen die „geringfügig nebentätigen Haushaltsführenden“?
3. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung z.Z. die durchschnittlichen Haushaltseinkommen der Haushalte, in denen eine Person ausschließlich über ein Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung verfügt?
4. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die finanziellen Ausfälle in den Jahren 1994 und 1995 in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch die geringfügige Beschäftigung?
(Bitte nach den Sozialversicherungssystemen getrennt aufschlüsseln.)
5. In welcher Höhe hätten die Beitragssätze in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1994 und 1995 gelegen für den Fall, daß die geringfügig Beschäftigten in die jeweilige Sozialversicherung einbezogen worden wären?
(Bitte nach den Sozialversicherungssystemen getrennt aufschlüsseln.)

6. Wie hoch beziffert die Bundesregierung das Aufkommen im Bereich der Lohnsteuer in den Jahren 1994 und 1995 durch geringfügige Beschäftigung?

Bonn, den 14. März 1996

Annelie Buntenbach

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion